

Schreiben des Leiters der Bezirksverwaltung Gera zum Offenen Brief der Evangelischen Kirche an Honecker

Im Verlauf des Jahres 1989 geriet das SED-Regime in der DDR immer weiter unter Druck. Immer mehr Menschen waren mit den Verhältnissen unzufrieden. Sie wollten die DDR entweder verlassen oder versuchten, das Land zu reformieren und die Politik aktiv mitzugestalten. Die Leitung der evangelischen Kirche war wegen der Fluchtwelle in großer Sorge. In einem Schreiben an den Staatsratsvorsitzenden Erich Honecker forderte sie deshalb einen offenen Dialog über die Fluchtursachen.

Bürgerrechtsgruppen hatte es in der DDR bereits vor dem Spätsommer 1989 gegeben. Eine Übersicht, die die Stasi im Mai fertig gestellt hatte, zählte in der gesamten DDR 160 Gruppen auf, die zu einem erheblichen Teil schon seit Jahren existierten. Diese beschränkten sich allerdings in der Regel auf bestimmte Themen (Frieden, Ökologie, Gleichberechtigung der Frauen usw.) und ihre Mitglieder lehnten es ab, sich selbst als "Dissidenten" oder "Oppositionelle" zu bezeichnen. Das hatte vor allem taktische Gründe, weil sie die Diktatur nicht zu sehr herausfordern wollten.

Auf der Gegenseite hatte die Staatssicherheit die Gruppen genau beobachtet, mit Inoffiziellen Mitarbeitern infiltriert, einzuschüchtern und zu zersetzen versucht. Aber sie mit offen repressiven Mitteln zu zerschlagen und die Aktivistinnen und Aktivisten einzusperren, war ihr nicht möglich. Weil das als "politische" (nicht als rechtliche) Frage galt, hätte die Stasi dazu vorab eine Erlaubnis von SED-Generalsekretär Erich Honecker benötigt. Der aber zögerte, weil er einen Ansehensverlust im westlichen Ausland fürchtete.

Durch die Fluchtwelle über Ungarn im August 1989 und die Unruhe, die sie in der DDR auslöste, änderte sich die Konstellation grundlegend. Viele Bürgerrechtlerinnen und Bürgerrechtler kamen in diesen Wochen zu der Überzeugung, es sei an der Zeit, sich zu Wort zu melden und eine kritische Öffentlichkeit zu schaffen. Einen wichtigen Beitrag leisteten dabei auch die evangelischen Kirchen, in deren Schutzraum in der Zeit zuvor die meisten Gruppen aktiv gewesen waren.

Die Kirchenleitung der evangelischen Kirche forderte am 10. September in einem Brief an SED-Generalsekretär Erich Honecker, der in den Gemeinden verlesen wurde, einen offenen Dialog über die Ursachen der Fluchtwelle. Die Staatssicherheit war deswegen stark beunruhigt. Der Leiter der Bezirksverwaltung Gera schrieb an seine Untergebenen, die Kirche versuche sich damit "in ausschließlich staatliche Belange einzumischen" und "die Verantwortung für die entstandene Situation der DDR und ihrer Partei anzulasten". Eine öffentliche Verlesung des Schreibens in den Gemeinden sollte mit konspirativen Mitteln verhindert werden.

Signatur: BArch, MfS, BV Gera, BdL, Nr. 1201, Bl. 1-6

Metadaten

Diensteinheit: Bezirksverwaltung
Gera, Leiter
Rechte: BStU

Urheber: MfS
Datum: 8.9.1989
Überlieferungsform: Dokument

Schreiben des Leiters der Bezirksverwaltung Gera zum Offenen Brief der Evangelischen Kirche an Honecker

400487

EINGANG chiffriert **TELEGRAMM**
(Nichtzutreffendes streichen)

Dringlichkeit Ausnahme Fliegbrief

Absender: BV Gera, Leiter

Empfänger: Struktureinheiten, Leiter

Gera, den 08. 09. 1989

Brief der Konferenz der Evangelischen Kirchenleitungen (KKL) an den Vorsitzenden des Staatsrates

Durch die KKL wurde auf ihrer Tagung am 01./02. 09. 1989 ein Brief an den Vorsitzenden des Staatsrates, Genossen Erich Honecker, verabschiedet, der mit einem Begleitschreiben über die Gliedkirchen des Bundes der Evangelischen Kirchen (BEK) in der DDR an alle evangelischen Gemeinden in der DDR versandt wurde (eine Kopie dazu wird Ihnen auf dem Kurierweg zugesandt).

Inhaltlich geht es dabei um ernstzunehmende Versuche, sich in ausschließlich staatliche Belange einzumischen. Dabei wird insbesondere die gegenwärtige Situation zur Ausreiseproblematik ausgenutzt und der Versuch unternommen, die Verantwortung für die entstandene Situation der DDR und ihrer Partei anzulasten.

Im Mittelpunkt der Angriffe stehen sogenannte Fehlentwicklungen in unserer Gesellschaft, "Unmündigkeit der Bürger", die Medienpolitik sowie die RVO und Festlegungen zum Einreiseverbot ehemaliger DDR-Bürger.

Durch die KKL wurde empfohlen, allen evangelischen Kirchengemeinden am 10. 09. 1989 Begleitschreiben und Brief zur Kenntnis zu geben. Der Brief wurde kirchlicherseits offiziell dem Staatssekretär für Kirchenfragen übergeben.

In den Westmedien wurde darüber bereits berichtet.

Es sind folgende politisch-operative Maßnahmen durchzuführen:

1. Es sind schwerpunktmäßig politisch-operative Kontrollen der Gottesdienste am 10. 09. 1989 durch die zielgerichtete Nutzung aller bestehenden Möglichkeiten zur Feststellung
 - des Umfangs der öffentlichen Bekanntmachung und der diesbezüglichen Personen,
 - über den Inhalt des Briefes hinausgehende Angriffe gegen die Politik von Partei und Regierung,
 - von Reaktionen und Meinungsäußerungen kirchlicher Gremien und Amtsträger zu organisieren.
2. Prüfung der operativen Möglichkeiten der Einflußnahme mit dem Ziel der Verhinderung der Bekanntgabe des Briefes. Derartige Aktivitäten sind in der Vorbereitung mit der Abt. XX abzustimmen.

Durchschläge/Durchschriften: Stck. Geschrieben: Gesehen:

Eingangsdatum: Uhrzeit: Anfang: Ende: Nachr.-Sachbearb.:

Signatur: BAArch, MfS, BV Gera, BdL, Nr. 1201, Bl. 1-6

Blatt 1

Schreiben des Leiters der Bezirksverwaltung Gera zum Offenen Brief der Evangelischen Kirche an Honecker

BSU
000002 2

VVS Gra o028 - 167/89

Bei der Realisierung dieser Aufgabenstellung, insbesondere bei der Arbeit mit der gegebenen Information ist die strikte Einhaltung der Konspiration zu gewährleisten.

Die 1. Sekretäre der Kreisleitungen sind zur Sachlage zu informieren mit dem ausdrücklichen Hinweis der persönlichen Kenntnisnahme (siehe dazu meine Ausführungen zur Dienstkonferenz am 06. 09. 1989).

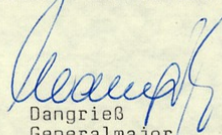
Meine Festlegungen zur genannten Dienstkonferenz bezüglich der Sicherung von Veranstaltungen, insbesondere auch die für das kommende Wochenende stattfindenden Kranzniederlegungen anlässlich des Tages der Opfer des Faschismus sind strikt durchzusetzen.

Es sind die erforderlichen Absprachen mit den Leitern der VPKÄ in Hinblick auf ein gut funktionierendes Zusammenwirken umgehend durchzuführen.

Es ist zu verhindern, daß derartige Veranstaltungen durch feindlich-negative Kräfte genutzt werden, um öffentlichkeitswirksame Provokationen (siehe Vorgänge am 04. 09. 89 in Leipzig; Artikel der "Jungen Welt" vom 06. 09. 89, Seite 2: "Warum berichtet die Junge Welt nicht ...") anzuzetteln. (zu Punkt 1. und 2.)

Über die Realisierung und die Ergebnisse dieser politisch-operativen Maßnahmen ist dem Leiter der Abt. XX bis 11. 09. 1989, 07.00 Uhr, fernschriftlich zu berichten. (zu Punkt 1. und 2.)

Besondere Vorkommnisse oder bedeutsame Informationen sind sofort zu melden.

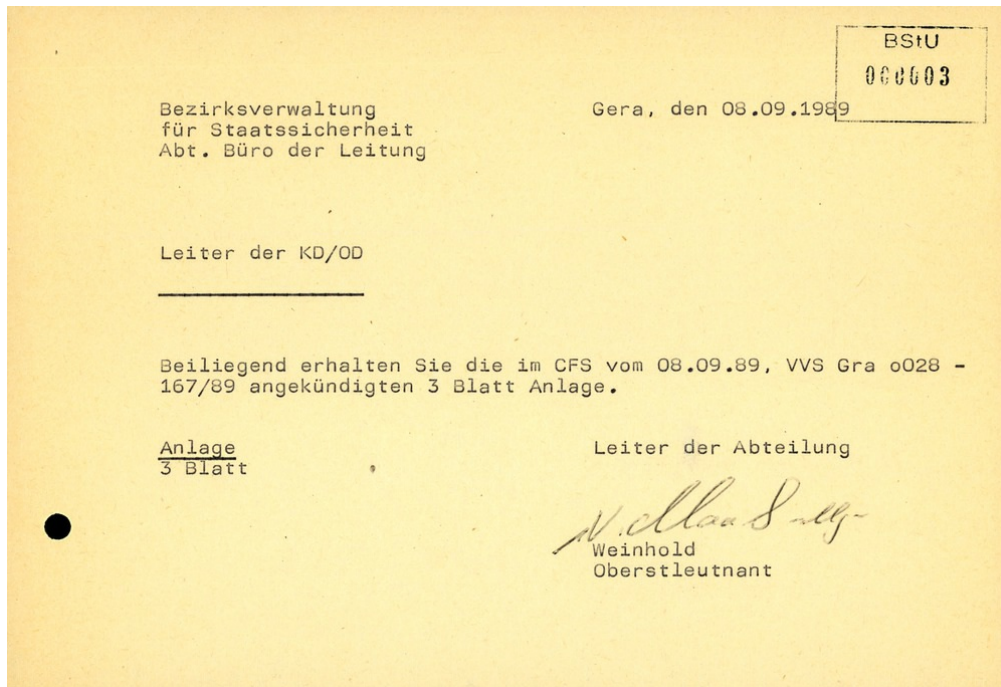

Dangrieß
Generalmajor

Anlage
3 Blatt offen

Signatur: BArch, MfS, BV Gera, BdL, Nr. 1201, Bl. 1-6

Blatt 2

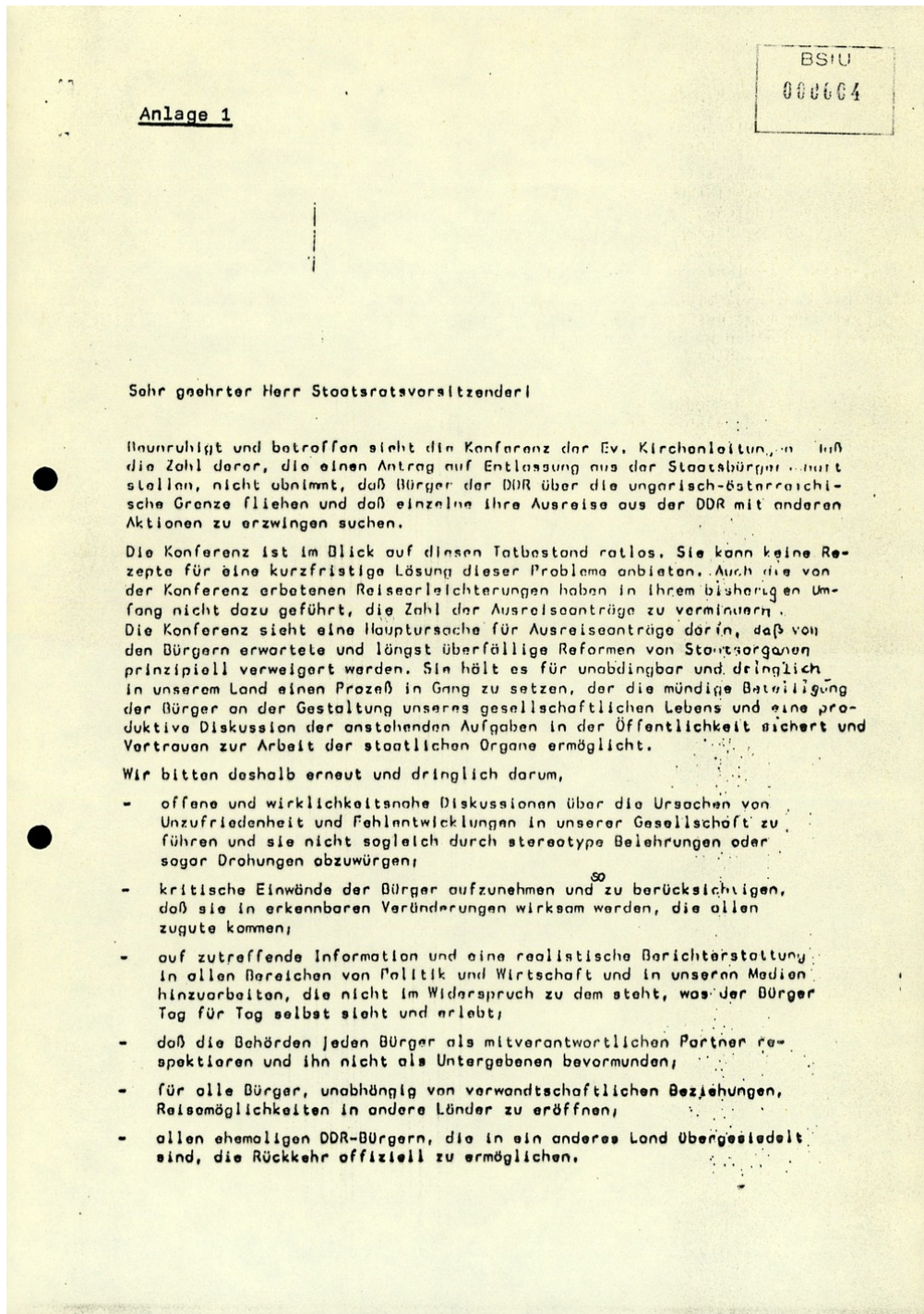
Schreiben des Leiters der Bezirksverwaltung Gera zum Offenen Brief der Evangelischen Kirche an Honecker



Signatur: BArch, MfS, BV Gera, BdL, Nr. 1201, Bl. 1-6

Blatt 3

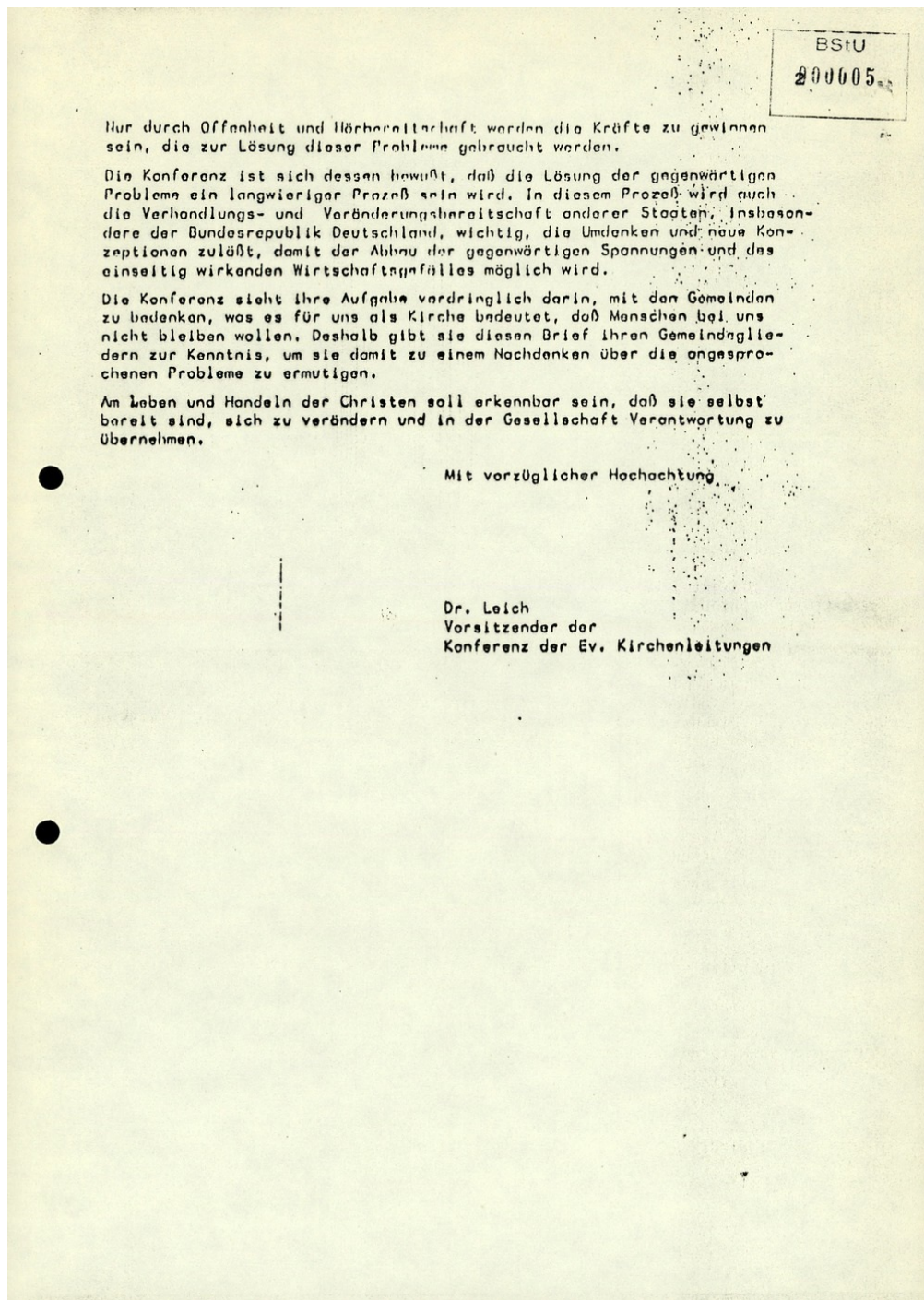
Schreiben des Leiters der Bezirksverwaltung Gera zum Offenen Brief der Evangelischen Kirche an Honecker



Signatur: BArch, MfS, BV Gera, BdL, Nr. 1201, Bl. 1-6

Blatt 4

Schreiben des Leiters der Bezirksverwaltung Gera zum Offenen Brief der Evangelischen Kirche an Honecker



Signatur: BArch, MfS, BV Gera, BdL, Nr. 1201, Bl. 1-6

Blatt 5

Schreiben des Leiters der Bezirksverwaltung Gera zum Offenen Brief der Evangelischen Kirche an Honecker

